

GASTSPIEL BERTHA STREMIN: Wie „Chefdiplomatin“ Baerbock erst ihr Ministerium und dann Deutschlands Ruf in der Welt ruiniert

+++Bitte denken Sie an Ihre diesjähriger Weihnachtsspende für unseren Blog!###Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++Oder auf PayPal @KelleKlaus++++

In der journalistischen Zunft in Deutschland gibt es eine Unsitte: Wird über ein außenpolitisches Thema berichtet, dann schreibt man statt „Außenminister“ gern auch mal „Chefdiplomat“ - aus stilistischen Gründen, zur Auflockerung der „Schreibe“, um unelegante Wortwiederholungen zu vermeiden. Aber „Chefdiplomat“ ist nach Stil und Inhalt eine Verschlimmbesserung.

Ein Außenminister ist so wenig ein „Chefdiplomat“ wie ein Gesundheitsminister ein „Chefarzt“ ist. Auch ist ein Verteidigungsminister natürlich kein „Chefsoldat“ und ein Landwirtschaftsminister kein „Chefbauer“. Also bitte - hört auf mit dem Unsinn!

Wenn es in Deutschland so etwas wie einen „Chefdiplomaten“ gäbe, dann wäre es vielleicht der beamtete Staatssekretär im Auswärtigen Amt, denn der war - bisher - in der Regel ein Karrierediplomat. Nicht so der/die/das Minister!

Minister sind Politiker, die mal dieses, mal jenes Ressort übernehmen, mit mehr oder weniger Talent und Vorkenntnis.

Sie können und müssen nicht in jedem Fall einschlägige Studien- und Berufserfahrung mitbringen. Als Politiker sind sie hoffentlich Profis, als Leiter einer Behörde verlassen sie sich bitte auf die Fachkenntnis ihres Amtes! Es wäre natürlich ein schönes „Extra“, wenn ein *Bundesminister des Auswärtigen*, so die korrekte, im Stil spätpreußische Dienstbezeichnung, schon Vorkenntnisse in Diplomatie hätte, wobei ein, zwei Semester „Völkerrecht light“ allerdings nicht zählen. Aber üblich oder nötig ist das nun mal nicht.

Außenpolitik ist nicht genug?

Also: Ein Außenminister *ist* nicht ein Diplomat, sondern er *hat* Diplomaten. Das sind die Fachleute, die den Job machen, überwiegend im Ausland, wenn es mit rechten Dingen zugeht. Dass unter Frau Baerbock mittlerweile mehr als die Hälfte des diplomatischen Personals in der Zentrale hocken soll, sehr viele von ihnen durchaus widerwillig, ist jedenfalls sonderbar. Ein Zeichen, dass da die Prioritäten nicht mehr stimmen.

Jedenfalls ist es unsinnig, wenn mehr deutsche Diplomaten in Deutschland arbeiten als an den 228 deutschen Auslandsvertretungen weltweit. Die gängige Ausrede für dieses peinliche Ungleichgewicht lautet, dass mit der Übernahme der Verantwortung für „Klimaaußenpolitik“ im Rahmen der Ampelkoalition eben mehr Arbeitsanfall in der Zentrale einhergeht. Da sieht man mal, was für ein Unsinn

es war, das Klima-Thema ins AA zu holen, nur weil die Amtsinhaberin seinerzeit glaubte, Außenpolitik sei nicht genug für sie.

Schade! Sie hätte doch richtig auf Außenpolitik umsteuern können, einfach Außenpolitik, das ist ein Riesenthema.

Aber nein – Ideologie sticht Diplomatie. Und dazu wurde auch gleich noch ein sehr schöner Job für eine alte Freundin geschaffen, die bekannte „Chef-Lobbyistin“ Jennifer Morgan, die nun nicht mehr für Greenpeace trommelt, sondern als Staatssekretärin für Klimaaußenpolitik in edlem Ambiente am Werderschen Markt residiert.

Paradigmenwechsel im AA

Nein, eine Diplomatin ist Frau Baerbock nicht, schon gar nicht, wenn es um ihr zweites Steckenpferd geht. Neben der „Klimaaußenpolitik“ soll ja vor allem „feministische Außenpolitik“ das Alleinstellungsmerkmal ihrer Amtszeit werden. Und mehr als das: Frau Baerbock strebt ganz offensichtlich danach, „feministische Außenpolitik“ weltweit zum neuen Goldstandard der „Diplomatie“ zu machen. Und um das zu erreichen, hat sie erst einmal das eigene Ministerium ideologisch auf Vordermann gebracht.

Im Auswärtigen Amt gibt es mittlerweile politische Schulungen, online und in Präsenz, bei denen den Mitarbeitern der deutschen Auslandsvertretungen die ideologischen Grundlagen des grünen Feminismus und der Genderpolitik vermittelt werden. Eine Riege leicht erregbarer Aufseherinnen, vom Ministerbüro (das eigentlich nur noch „Ministerinnenbüro“ heißen darf) über die Menschenrechtsbeauftragte bis zur Gleichstellungsbeauftragten wachen mit nimmermüdem Blick und immer zürnenden Argusaugen darüber, dass diese Schulungen auch ernstgenommen und die Lernerfolge überprüfbar werden. Durch das Haus am Werderschen Markt weht wieder ein Geist, der dort schon einmal sein Unwesen trieb, als das Hauptgebäude noch das ZK der SED beherbergte.

Ideologisches Sendungsbewusstsein

Übertrieben? Keineswegs! In Gesprächen mit Diplomaten, die niemals das Nennen ihren Namens zugestehen würden, kann man hören, wie sehr die Ideologisierung vielen auf die Nerven geht. Manche Karriere erhielt aufgrund mangelnder Haltung den im AA befürchteten „Knick“, wovon man sich im Rennen um Beförderungen so wenig erholen kann, wie ein Formel 1-Fahrer, der eine Strafrunde aufgebremst bekommt. Entsprechend still sind die meisten geworden. Und mehr und mehr fügt sich die – traditionell besonders loyale – Beamtenschaft des Auswärtigen Amtes in ihr Schicksal. Da versuchen inzwischen viele, durch Übereifer zu beweisen, dass sie das Prinzip der feministischen Außenpolitik wirklich verinnerlicht haben.

Hoffnungsvolle Botschafter erklären in vorseilendem Gehorsam, sie wollten nicht mehr an Veranstaltungen teilnehmen, bei denen auf dem Podium keine angemessene Anzahl von Frauen sitzt. Höchst unprofessionell!

Botschaften und Konsulate nehmen weltweit nicht nur an *Christopher Street Day*-Paraden amtlich teil, sondern sie organisieren selbst schon ähnliche Events zum höheren Lobe der LGBTQ-Agenda. Und dafür ist immer reichlich Geld vorhanden. Sowa hat es schon unter Baerbocks längst vergessenem Vorgänger gegeben (Heiko Maas hieß der übrigens). Aber jetzt ist es zur Obsession geworden, besonders in Ländern, deren Gesellschaften „noch nicht so weit sind“, wo womöglich Homo-Ehe und Trans-Ideologie noch nicht am Start sind.

Wo bleibt da die „regelbasierte Außenpolitik“?

Zum Mantra von der „regelbasierten Außenpolitik“ passt dieses verbissene Sendungsbewusstsein schlecht. Die klassischen Regeln der Diplomatie spielen anscheinend keine dominierende Rolle mehr, denn die Umerziehung der Gesellschaft des jeweiligen Gastlandes gehört ganz sicher nicht zu den Aufgaben einer deutschen Auslandsvertretung. Im Pflichtenheft der Leiter der Auslandsvertretungen stehen aber immer mehr solche Aufträge, die mehr Ideologie als Professionalität verraten. In den beiden Wiener Übereinkommen über diplomatische bzw. konsularische Beziehungen, die weltweit die akzeptierte Gebrauchsanweisung für Diplomatie sind, sucht man derlei Ideologietransfer vergebens.

Grundgesetz nur für den heimischen Gebrauch

Unter der Überschrift „feministische Außenpolitik“ findet sich in den Handreichungen des AA auch viel Harmloses und Selbstverständliches, was ohnehin immer schon zur Menschenrechtspolitik gehörte, es wurde nur umetikettiert: Vom Schutz vulnerabler Gruppen, insbesondere Frauen und Kinder, über den Kampf gegen Menschenhandel, Genitalverstümmelung und ähnliche Verbrechen, bis hin zur Förderung von Gesundheit und Bildung. Alle diese Themen sind schon jahrzehntelang Bestandteil der Menschenrechtspolitik Deutschlands und seines Auswärtigen Amtes. Unter Frau Baerbock steht nun aber ganz oben auf der Agenda die massive Förderung von Abtreibung. Gemeinsam mit der Entwicklungshilfeministerin treibt Baerbock diese Agenda rücksichtslos voran, besonders in Afrika. Nach dem Motto: Entwicklungshilfe gibt es nur, wenn ihr Abtreibung fördert.

Unter Baerbock hat es einen massiven Paradigmenwechsel gegeben.

Was früher noch unter der Bezeichnung „sexuelle und reproduktive Rechte“ bzw. „Gesundheit“ verborgen gehalten wurde, das wird jetzt offen und aggressiv gefordert. Seltsamerweise fällt weder der Entwicklungshilfe- Ministerin Schulze, noch Frau Baerbock, auf, dass damit eine außenpolitische Linie gefahren wird, die dem Grundgesetz diametral widerspricht. Baerbocks Abtreibungspolitik ist mit der Rechtsordnung in Deutschland unvereinbar – aber sie wird vehement in vielen Ländern auf der Welt betrieben, so als gelte das Grundgesetz nicht für das Handeln deutscher Regierungen im Ausland.

Zeit für einen Wechsel

Das wird man am Werderschen Markt ebenso wenig hören wollen wie in der Parteizentrale der Grünen. Nach dem Ampel-Aus plant ja die Chef-Ideologin im Außenamt längst den Sprung in die nächste Koalition. Aber angesichts des Ausgangs der Präsidentschaftswahlen in den USA wäre die nächste

Bundesregierung gut beraten, einen Amtsinhaber oder eine Amtsinhaberin zu finden, die nicht mit allem ihrem Tun und Sagen immer hundertprozentig „woke“ ist. Vielleicht muss Deutschland ja auch mit den USA außenpolitisch zusammenarbeiten. Ob dabei Klima und Gender wirklich die richtigen Prioritäten sind, daran darf man zweifeln.

Von der Anmut einer schönen Frau - und Schnappatmung bei Gleichstellungsbeauftragten

Die Sache mit Männern und Frauen, die angeblich nicht zusammenpassen, ist uns nicht immer jederzeit präsent. Aber wenn man unvorbereitet in eine passende Situation gerät, dann fällt einem erst auf, wie verblödet Teile unserer deutschen Gesellschaft inzwischen geworden sind.

Ich war am Wochenende eingeladen nach Split in Kroatien. Als Journalist zu einem Lifestyle-Event, über das ich für ein bekanntes deutsches Magazin schreiben werde.

Am Samstagabend gab es ein Gala-Dinner und danach Tanz im „Ballroom“ mit Livemusik vom allerfeinsten. Und ich dachte sofort an meine alljährlichen Schwarmintelligenz-Konferenzen. Denn da ist jedesmal im Vorfeld der Gedanke, dass wir doch auch einen „Deutschland Ball“ veranstalten könnten. Jungs und Mädchen aufgebrezelt mit Smoking/Fliege und Abendkleid/Schuhen zum Wechseln. Es hat bisher noch nicht stattgefunden, weil jedesmal die Frauen begeistert sind, und die Männer tanzmuffeln. „Herr Kelle, das passt doch nicht zu so einer Konferenz...“

Ich bin da nicht sicher

Wir diskutieren beim Schwarm, wir essen und trinken, warum sollen wir nicht am Abend auch tanzen? Zumindest die, die Lust dazu haben. So wie meine Freunde in Split am Samstag.

Es war keine Ball-Musik, es war viel Zeugs von Abba, tanz- und mitsingbar. Es war echt schön, auch wenn ich selbst kein begnadeter Tänzer bin.

Und dann kamen zwei professionelle Tänzerinnen aufs Parkett, also keine „Professionellen“, sondern professionelle Tänzerinnen. Sie sahen anmutig aus, trugen nur das Nötigste, und ihre Aufgabe war es, die Gäste zum Tanzen zu animieren. Nur zum Tanzen, es war nicht billig oder gar nuttig, es war weibliche Anmut und Schönheit pur. Und nach drei Minuten war die Tanzfläche überfüllt.

Und beim Anblick des sich auf mich zubewegenden Bauchnabels dachte ich so, was deutsche Gender-Professorinnen wohl jetzt sagen würden bei diesem Spiel mit geballter weiblicher Schönheit. Atemnot wäre das wenigste. Oder Lastenfahrradfahrerinnen in Pluderhosen auf dem Weg zurück nach Hause vom

Biomarkt mit veganen Köstlichkeiten...die würden einfach nur durchdrehen hier.

Diese Frauen mussten kein Physikstudium nachweisen oder dass sie sich schonmal irgendwo auf einer Fahrbahn mit Klebstoff fixiert hatten. Sie mussten einfach nur Frau sein. Und schön.

Bitte, Sie wissen, dass ich starke und erfolgreiche Frauen mag.

Ich habe größten Respekt vor ihnen. Aber anmutige Frauen, schöne Frauen – das ist etwas ganz underbares. Und Sie wissen, dass ich ein gläubiger Christ bin, und ich meine, in allem einen göttlichen Sinn zu erkennen, wenn Sie so wollen. Gott hat uns geschaffen, wie wir sind. Und ich glaube, dass er die Aufmerksamkeit der Männer durch diese angeborene Anmut einer Frau anziehen lassen will.

Was für eine starke Frau! Pechstein: „Es ist mir eine Ehre, diese Uniform zu tragen“

Es sind echte Highlights, wenn jemand aus der Mitte der Gesellschaft mal Klartext redet – ohne Parteiagenda, einfach mal sagen, was los ist.

Die bayerische Kabarettistin Monika Gruber hatte so einem magischen Moment vor einer Woche in Erding, als sie den Heizungs-Irrsinn von Robert Habeck vor 13.000 jubelnden Zuhörern als das bezeichnete, was er ist – a Schmarrn.

Und am Wochenende legte Claudia Pechstein nach, die erfolgreichste deutsche Wintersportlerin aller Zeiten, fünfmal Gold für Deutschland bei Olympia im Eisschnellauf. Als Sportlerin ist die Frage megaklasse. Als Kämpferin auch. Da bewies sie jahrelang Stehvermögen, als man sie des Dopings beschuldigte, sie sperrte für zwei Jahre. Obwohl sie unschuldig ist, nachweislich.

Ich habe Claudia vor Jahren kennengelernt, mein bester Freund ist ihr Manager, irgendwann läuft man sich dann über den Weg. Eine beeindruckende, eine starke Frau, die sich vor nichts fürchtet.

+++Unabhängige Medien brauchen die Unterstützung ihrer Leser+++Bitte spenden Sie für unsere Arbeit mit PayPal @KelleKlaus oder auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18++++

Beim Konvent der CDU am Wochenende in Berlin erklärte sie den 160 Parteidelegierten, wie wichtig der Vereinssport für die Entwicklung der Kinder ist. „Brillant“ nannte CDU-Chef Friedrich Merz diesen Teil der Rede. Aber Claudia legte nach: Abgelehnte Asylbewerber müssten konsequent abgeschoben werden, sagte die sympathische Sportlerin. Und die Familie sei das wichtigste für eine Gesellschaft. Die Leute

wollten „Papa und Mama“ und keinen Genderquatsch. Und: *„Wenn die CDU nicht die Familienpartei bleibt, dann wird sie nicht mehr Volkspartei sein!“*

Wenn hat man so etwas zuletzt bei einem CDU-Parteitag gehört? All den Merkel-Klatschern der Vergangenheit müssen die Ohren geklingelt haben bei so viel Offenheit.

Und jetzt fallen sie natürlich über Claudia her, von „Hetze“ schreibt die linksextreme taz. Und Rote und Grüne schimpfen, dass Pechstein beim CDU-Konvent in Uniform der Bundespolizei aufgetreten ist. Genau genommen hätte sie das wohl nicht dürfen, weil die Polizei politisch neutral sein muss. Aber sie gab in der BILD vorhin ein entwaffnendes Interview und sagte:

„Es ist mir eine Ehre, diese Uniform zu tragen“

Was für eine Frau, oder? Wir alle können stolz darauf sein, dass es solch starke Frauen in Deutschland gibt, die sich nicht verbiegen lassen.

Heterosex ist böse...da muss erstmal eine Abgabe her!

In einer Blase zu leben, das ist ein häufig verwendeter Vorwurf gegen Menschen, die gegen den Strom unterwegs sind, gegen den Mainstream. Und gegen den Strom anzuschwimmen, das ist in einer Demokratie nicht nur wichtig, sondern geradezu notwendig. Denken Sie nur an die vielen Kritiker der Corona-Maßnahmen, die als „Schwurbler“, Querdenker und Rechtsradikale geschmäht wurden! Bei manchen Themen stellte sich dann Monate später heraus, dass ihre Kritik absolut berechtigt war, und dass uns die Regierenden schlicht Unsinn erzählt haben.

In einer Blase leben auch manche unserer ostdeutschen Landsleute, die irgendwie denken, man könne mit Putin auf einem Bären reitend, 1989 nochmal zurückdrehen und Robotron sei eigentlich doch die bessere Technologie geworden. Und die Amis seien ja nur so erfolgreich, weil sie damals Wernher von Braun entführt und die deutschen Konstruktionspläne für Raketen aus Peenemünde geklaut hätten.

Alles ok, dies ist zumindest jetzt noch ein freies Land. Und im Moment sieht es gerade ganz gut aus, dass das noch eine Weile so bleiben wird. Also denkt und redet, was Ihr wollt!

Aber jetzt habe ich einen Schwachsinnstext in der linksalternativen taz gelesen, der so unfassbar doof ist, dass es selbst meine ohnehin geringen Erwartungen in dieses Milieus mühelos unterbietet. Unter der Überschrift „Heterosex ist nicht natürlich“ lässt sich eine „Autorin“ wie folgt aus:

„Sperma und Scheidenflora haben völlig unterschiedliche PH-Werte. Die Vagina hat ein saures Milieu, um Krankheitserreger abzuwehren. Durch das basische Sperma steigt der PH-Wert zumindest kurzzeitig an – die Scheidenflora wird also weniger sauer – und Krankheitserreger können sich leichter ausbreiten. Viele Menschen mit Vagina bekommen deshalb von ungeschütztem Geschlechtsverkehr mit Penissen eine Pilzinfektion.“

Und so weiter.

Sie kommt zu dem Schluss, es sei nun an der Zeit, „die medizinischen Kosten umverteilen, die insbesondere Frauen durch Heterosex entstehen.“ Also, wenn man schon unbedingt nicht auf heterosexuelle Geschlechtlichkeit verzichten wolle.

Dazu sei es aber dann wenigstens sinnvoll, „eine Sex-Abgabe für Heteromänner“ einzuführen...

Bin ich froh, dass ich schon etwas älter bin und eines Tages nicht in einer Gesellschaft leben muss, die komplett vom Schwachsinn geprägt wird...

GASTSPIEL von Prof. Dr. David Engels: Sie wollen ein ganz anderes Europa schaffen

von PRF. DR. DAVID ENGELS

WARSAU – Schon seit längerer Zeit wird in Medien wie politischen Zirkeln von jener großen „Konferenz zur Zukunft Europas“ gesprochen, seit Emmanuel Macron und später Ursula von der Leyen sich eine grundlegende Reform der EU auf die Fahnen geschrieben haben. Trotz langwieriger Vorbereitungen ist die konkrete Durchführung jener Konferenz allerdings bislang ebenso von der mangelnden Begeisterung des Europäischen Rats wie von inneren Quisquilien und schließlich der Coronavirus-Pandemie behindert worden. Doch ist zu vermuten, daß zumindest der „EU-Bürgerdialog“, der den Auftakt der Planung bilden soll, wie geplant im Mai starten wird und auf Grundlage der Befragung eines repräsentativen Querschnitts der Bevölkerung in eine Reihe konkreter Vorschläge münden soll, welche ihrerseits als basisdemokratische Legitimation der angedachten Reformen dienen sollen.

Nun ist im Prinzip gegen eine Reform der EU nichts einzuwenden, haben die Euro-, Migrations-, Brexit- und Corona-Krise doch deutlich gezeigt, wieviel im Argen liegt. Gerade ich als deutsch- und französischsprachiger Belgier, der mittlerweile in Polen wohnt und sich als überzeugter Europäer definiert, kann daher alle Überlegungen zu einer echten Vertiefung der europäischen Integration nur unterstützen. Bedenkt man allerdings die tiefverwurzelte Tradition der europäischen Institutionen, durch

bewußte Steuerung der Entscheidungsprozesse wie durch klare ideologische Ausgangsvorgaben eine wirkliche Ergebnisoffenheit eher zu verhindern als zu fördern, steht zu befürchten, daß jener „Reformprozeß“ die systemischen Probleme der EU noch vertiefen wird, als zu beseitigen.

Wie komme ich zu diesem Urteil?

Nun, vielleicht bin ich in meiner Einschätzung der EU allzu pessimistisch geworden, und sollte dies der Fall sein, bitte ich den Leser zu glauben, daß ich der erste bin, der dankbar ist, wenn sich meine Befürchtungen als überzogen herausstellen. Doch haben gerade die letzten Jahre leider allzu deutlich gezeigt, welcher Abgrund zwischen dem idealistischen Vokabular der EU und dem bedenklichen Geist gähnt, der hinter ihm steckt, so dass bei vielen Bürgern allmählich der gegebene Vertrauensvorschuß aufgebraucht ist und die Erkenntnis dämmert, daß ein rein relativistisches und rechtspositivistisches Staatsverständnis langfristig in die Irre führen muß, da ihm jene transzendente Verankerung fehlt, die im Westen lange Zeit durch das christliche Menschen- und Gottesbild gegeben war. Bereits die auf der [Seite](#) der EU-Kommission nachzulesende „Gemeinsame Erklärung“ mit ihrer Liste der durch den „Bürgerdialog“ abzuarbeitenden Themen zeigt im Verbund mit dem gegenwärtigen Zeitgeist ganz klar die Richtung jener Umbaupläne.

Hinter der „Bekämpfung des Klimawandels“ dürfte sich eine kontinentale Ausweitung der selbstzerstörerischen „Energiewende“ verbergen; hinter der „sozialen Gerechtigkeit“ die weitere Enteignung des Mittelstands zugunsten des gegenwärtigen Milliardärssozialismus; hinter der „Solidarität zwischen den Generationen“ der Abbau künftiger zugunsten jetziger Renten; hinter dem „digitalen Wandel“ die Einführung EU-weiter Überwachungsmechanismen; hinter den „europäischen Werten“ die üblichen Gender- und Quotenforderungen; hinter der „Rechtsstaatlichkeit“ die gezielte Schwächung der konservativen Ausreißer in Polen und Ungarn wie auch der internen Opposition; hinter den „Herausforderungen im Bereich Migration“ die weitere Ausdehnung unkontrollierter Einwanderung; und hinter der „Fähigkeit der EU, ihre politischen Prioritäten umzusetzen“, die weitere Aushebelung der nationalen Demokratien.

Kann dies im Interesse der europäischen Bürger wie auch des Fortlebens der abendländischen Zivilisation sein? Schwerlich, zumindest aus einer konservativen und hesperialistischen, also europapatriotischen Perspektive. Freilich, es ist zu erwarten, daß allzu tiefgreifende Reformen durch die legendäre Schwerfälligkeit der europäischen Strukturen selbst verhindert werden, und daß der Europäische Rat aufgrund seiner inneren Uneinstimmigkeit der faktischen Selbstermächtigung von Parlament und Kommission einen Riegel vorschiebt – dann bliebe es, einmal mehr, dabei, daß die EU mit großem Aufwand letztlich doch nur wie der Berg eine Maus kreierte.

Selbst eine solche Stagnation wäre alles andere als wünschenswert. Europa befindet sich in der Tat in der Sackgasse und braucht eine fundamentale Reform, um die inneren wie äußeren Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bestehen. Doch beide gegenwärtig auf dem Tisch liegende Lösungsansätze sind falsch: Die föderalistische Lösung, wie sie bei den Brüsseler Eliten so beliebt ist, leidet an dem Grundübel, dass sie nicht auf einen echten abendländischen Patriotismus rekurriert, sondern einen

universalistischen Menschenrechtskult, der ungeeignet ist, Europa zu einer emotionalen Solidargemeinschaft zu verschweißen.

Und auch die Rückkehr zum Nationalstaat bzw. zu einer nur losen Wirtschaftsgemeinschaft, wie viele sogenannte populistische Parteien sie lange vertraten und manchmal immer noch vertreten, scheint mir gefährlich, da sie erneut zur inneren politischen Fragmentierung Europas und der Instrumentalisierung dieser Konflikte durch die umliegenden Mächte führen wird. Wie ich versucht habe, es in meinem Entwurf einer „Präambel“ für eine künftige europäische Union zu zeigen, die auf Anstoß des polnischen Intellektuellenverbands entstanden ist, bedarf es zum einen einer Rückbesinnung auf unsere eigene Geschichte, etwa die institutionellen Strukturen des Sacrum Imperium oder der Polnisch-Litauischen Union, um uns neue Inspirationen zu liefern, wie wir Schutz nach außen mit Autonomie und Gleichgewicht im Inneren verbinden können. Zum anderen aber, und wichtiger als alles andere, täte ein erneutes positives Verhältnis zu jener ganz besonderen kulturellen Identität Not, die uns Abendländer weder besser, noch schlechter als andere Zivilisationen, aber eben einzigartig macht, um eine gesamteuropäische und integrationsmächtige Leitkultur zu definieren.

Davon sind wir heute meilenweit entfernt, und es steht zu befürchten, dass eben auch die „Konferenz zur Zukunft Europas“ diese Problemstellung nicht nur nicht aufgreifen, sondern aufgrund ihrer ideologischen Grundlagen in ihrer Dringlichkeit gar nicht erst verstehen wird, ja verstehen will. Umso wichtiger ist es für die europapatriotischen Parteien, sich redlich darum zu bemühen, diese Konferenz tatkräftig mitzugestalten - wenn auch vorläufig mit wenig Hoffnung auf einen wirklichen Wandel.

Wahlen sind wichtig, aber noch wichtiger ist die ehrliche Aufklärung der Bevölkerung. Bitte unterstützen Sie deshalb auch meine journalistische Arbeit mit Ihrer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 ! Vielen Dank!

56 Prozent lehnen Gendersprech ab - Anne Will zieht es durch

52 Prozent der Frauen in Deutschland lehnen die Einführung der sogenannten „gendergerechten Sprache“ ab. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Meinungsumfrage von Infratest-Dimap im Auftrag der „Welt am Sonntag“. In der Gesamtbevölkerung ist die Ablehnung sogar bei 56 Prozent, die weder Binnen-I, noch Gendersternchen oder ähnlichen Schwachsinn haben wollen. Nur etwa ein Drittel der Deutschen befürwortet das, was Gender-Industrie und hochbezahlte Polit-Talker wie Anne Will (ARD) auf unser aller Kosten betreiben. Feminismus-Aktivistinnen können sich eine solche Sprachverhöhnung natürlich wünschen in einem freien Land, aber dass die Fernsehzuschauer (wie viele gucken sich das eigentlich noch an?) sonntagsabends mit Frau Wills Privatansichten belästigt werden, ist schon ärgerlich.

Die Internet-Medien, für die ich redaktionelle Verantwortung trage, haben deshalb begonnen, der Sprachverhunzung im öffentlichen Raum konsequent entgegenzutreten. Wenn wir den Oberbegriff „Bürger“ verwenden, dann ist klar, dass das alle Frauen und Männer umfasst und Diskriminierungsvorhaltungen absurd sind. Und die Anrede „Liebe Christen“ bei der sonntäglichen Predigt in der Kirche ist auch nicht diskriminierend. Polizeiberichte mit „Polizisten und Polizistinnen im Einsatz“ werden konsequent rückabgewickelt zu „Polizisten“ und die gestrigen Pressemitteilungen der Berliner Polizei, die Demo-Teilnehmer zu „Teilnehmenden“ machen, finden bei uns auch in Zukunft als Teilnehmer statt. Das macht ein bisschen Arbeit, aber das ist es uns wert

Man fragt sich, ob dieses Land nicht andere Sorgen hat als dass sich Politiker und Beamte mit derartigen Belanglosigkeiten, mit politischem Kasperletheater und Symbolpolitik beschäftigen. Möglicherweise ist es aber auch gewollt und strategisch gedacht, eine linksgrüne Agenda zu realisieren, während der Mehrheit der Bevölkerung andere Sorgen hat.

Erst letztens versuchte die linke Seite des Deutschen Bundestags die Beratungspflicht vor einem Schwangerschaftsabbruch auszuhebeln, weil jetzt Corona-Krise sei. Erfreulicherweise scheiterte der Versuch. Aber all das zeigt, wie brandgefährlich unsere Zeit ist. Wenn diese Leute keine Mehrheiten bekommen, dann machen sie es einfach - flankiert von all den Wills und Maischbergers, die für das verständnisvolle Grundrauschen in der arglosen Bevölkerung sorgen. Und man will ja auch zu den guten Menschen gehören.

Aber irgendwann wachen wir in einer ganz anderen Gesellschaft auf.

Giffey's Schlag ins Gesicht von Unternehmern und Freiberuflern

„Hilfen müssen auch an Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit geknüpft werden. Wer Geld vom Staat bekommt, sollte im Gegenzug etwas dafür tun, die Lohnlücke zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu reduzieren, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken oder Frauen in Führungspositionen zu bringen. Wenn ein Unternehmen dafür nichts tun will, dann müssen wir eben sagen: So geht das nicht, dafür gibt es keine Staatshilfe.“

Wenn man sich dieses aktuelle Zitat von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) in Ruhe durch den Kopf gehen lässt, muss man allen Ernstes gleich auch die Frage aufwerfen, was eigentlich die Qualifikation für solche Leute ist, unserer Bundesregierung anzugehören.

In der Corona-Krise hat die Regierung - Bundes- wie Landesregierungen - einen Lockdown durchgesetzt, der die deutsche Wirtschaft weitgehend an die Wand gefahren hat. Vielleicht war das unvermeidlich,

kann sein, wenn das Virus so aggressiv ist, wie behauptet wird. Aber dann muss auch JEDES UNTERNEHMEN, das notleidend ist, staatliche Hilfe bekommen, einfach weil es in Not ist. Was diese kaum noch zu ertragende Ministerin da sagt, ist etwa so, als wenn sie fordern würde: Wenn Ihre Wohnung brennt, rückt die Feuerwehr nur aus, wenn jeder Löschzug aus drei Männern, drei Frauen und einem Transgender besteht. Oder Sie werden zukünftig im Krankenhaus bei einem Notfall nur behandelt, wenn die Klinikleitung vorher sicherstellt, dass die medizinische Behandlung von einer Lesbe mit Migrationshintergrund übernommen wird.

Unser Land hat wirklich ernste Probleme, derzeit größere als sowieso schon. Aber diese linksgrünen Spinnereien sind ein Schlag ins Gesicht all der Unternehmer und Freiberufler, die für sich und ihre Angestellten ums nackte Überleben kämpfen.

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Hilfe zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)

„Tatort“: Die ARD macht sich echt Sorgen um „rechte“ selbstbewusste Frauen

Vor ein paar Monaten war ich zu einem bürgerlich-konservativen Stammtisch in Göttingen eingeladen. Die Mehrheit der Teilnehmer waren Studenten. Was sie über die Stadt erzählten, über den Meinungsterror gegen alles, was nicht links ist an der Universität, über besetzte Immobilien, die von den Steuerzahlern finanziert werden müssen, über Stadträte, die sich wehren und deshalb persönlich massiv bedroht werden, war erschütternd. Und über die Lokalzeitung, die über all das nichts schreibt und brav die Nationalität selbst von überführten Mördern verschweigt.

Der ARD-Tatort am Abend spielte in Göttingen und beschäftigte sich mit nichts davon. Es ging im Kern um junge Frauen, die „rechts“ sind, also den Gender-Schwachsinn als das betrachten, was er ist, nämlich Schwachsinn. Die gegen das Unrecht der Massenabtreibung sind, und die sich mit ihren männlichen Lebensgefährten als normale Verbindung sehen. Vor ein paar Jahren hätte man gesagt: Frauen aus der CDU. Heute zeichnet die öffentlich-rechtliche ARD zum wiederholten Mal ein Zerrbild der Wirklichkeit. Alles böse Rechte, eine Richterin, von der man annehmen muss, dass sie nicht links durchsozialisiert wurde. Frau Lindholm und ihre Kollegin, die verstört sind, dass es rechte und kluge Frauen überhaupt gibt. Und die darüber philosophieren, dass man mit solchen Leuten am besten gar nicht spricht.

Die Aneinanderreihung von billigen Klischees, finanziert von uns allen, ist einfach nur lächerlich. Aber sie tun es, und sie bieten mir die Vorlage, auf ein Thema hinzuweisen, das mich schon seit Monaten

beschäftigt. Warum gibt es heute so viele kluge und engagierte Frauen, die sich politisch auf der rechten Seite des Spektrums bewegen? Ich meine dabei nicht nur Politikerinnen aus der AfD, aber natürlich auch welche von ihnen. Frauen, deren Blutdruck steigt angesichts der ideologischen Umerziehung, die von der politischen Linken in Deutschland betrieben wird. Geschlecht ist unwichtig, sexuelle Vielfalt in der Kita muss gelehrt werden, sexuelle Übergriffe sind schlimm, außer wenn sie von jungen Männern aus anderen Kulturkreisen begangen werden und so weiter. Es gibt unglaublich viele Frauen in Deutschland, die das nicht mehr mitmachen und sich wehren wollen. Eine Bekannte, die keiner Partei angehört, erzählte mir letztes am Telefon, dass sie niemals eine Beziehung mit jemandem eingehen würde, der die Umgestaltung unserer Gesellschaft auch nur gut fände, der nicht emotional leidet und Bluthochdruck bekommt angesichts dessen, was in diesem Land seit vier, fünf Jahren passiert.

Junge, konservative und hochintelligente Frauen, die sich engagieren, die keine Quote brauchen, um sich durchzusetzen, sind der absolute Albtraum für die Feminismusindustrie. Junge Frauen, die Mütter sind und ihr Leben bravourös meistern ohne einen Nanny-Staat, der ihnen ihre Kinder möglichst gleich nach der Geburt abnimmt und staatlich verwahrt, damit Mutti wieder in die Produktion entlassen werden kann. Egal, ob sie das selbst so wollen oder nicht. Wenn unsere Volkserziehungssender sich Sorgen um diese Frauen machen, dann ist das gut. Sehr gut.

Was sagt uns das?

Vorhin war ich beim Zigarrenhändler meines Vertrauens in Düsseldorf. Der Andrang in der Vorweihnachtszeit war groß. An der Kasse acht Männer vor mir mit Zigarren und ganzen Zigarrenkisten in den Händen. In der Lounge verteilt auf die einladenden Ledersessel 16 rauchende Männer und...eine Frau. Sie rauchte nicht, hatte ein Fläschchen orangefarbener Bionade vor sich. Dann griff sie zum Smartphone und fotografierte ihren Begleiter am Tisch beim Zigarrerauchen. Seitdem denke ich über diese Szenerie nach. Was sagt uns das über Männer und Frauen an sich? Muss ich das bei der Gleichstellungsbeauftragten melden?

Ausholen zum letzten Schlag: Der Staat greift nach

dem natürlichen Elternrecht

Die Familie, das ist der letzte Rückzugsort, die letzte Bastion gegen jede Widrigkeit. Jedenfalls sollte es so sein. Und ja, ich weiß, in vielen Familien gibt es auch heute die Heile Welt nicht mehr, und das nicht nur bei Erbstreitigkeiten. Dennoch: Die Familie, die wahre Keimzelle einer Gesellschaft, das war und ist für viele Menschen der Ort unbedingter Vertrautheit, da wo man unbedingt zusammenhält und ein offenes Wort sprechen kann. Daran ändert grundsätzlich auch nichts, dass es in den Jahren der Nazi-Barbarei und später der SED-Diktatur viele Fälle gegeben hat, wo Menschen verraten wurden von eigenen Familienangehörigen – oft mit schlimmsten Konsequenzen.

Und jeder Vergleich, unsere Gesellschaft mit diktatorischen Systemen wie der Nazizeit oder der SED-Diktatur verbietet sich sowieso, auch wenn solche Vergleiche in manchen Kreisen in Mode gekommen sind.

Heute müssen wir uns nicht mit einer Kerze in den Keller zurückziehen, wenn wir offen miteinander sprechen wollen. Aber die Gefahr, dass die Grundstrukturen unseres Landes radikal umgebaut werden durch den Generalangriff linksgrüner Ideologen ist so real wie nie zuvor. Sie alle erinnern sich an die Aussage des SPD-Politikers Olaf Scholz: „Wir wollen die Lufthoheit über unseren Kinderbetten erobern!“ Der Mann gilt heute als Hoffnungsträger einer (stark schrumpfenden) Regierungspartei. Und die Art, wie solche Leute denken, ist zumeist furchteinflößend. Bei den Kindern fängt man an, weil sie leicht zu beeinflussen und verführbar sind. Denken sie an die „Greta“-Kampagne, wo man sich als einigermaßen selbständig denkender Staatsbürger nur noch an den Kopf fassen kann. Und unsere Bundeskanzlerin outet sich als Greta-Fan. Man möchte lachen, wenn es nicht so gefährlich wäre.

Im Grunde erleben wir diese Strategie seit Jahren, die leider mit der CDU-Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen begonnen hat, die die weitgehende Verstaatlichung der Kindererziehung von ihrer SPD-Amtsvorgängerin übernommen und perfektioniert hat. Wenn Mütter sich frei entschieden, in den ersten Jahren selbst für die Erziehung und liebevolle Betreuung ihrer Kinder zu sorgen, wurden sie als „vergeudetes Potential“ (Merkel) oder „Heimchen am Herd“ öffentlich geschmäht. Von Roten und Grünen, aber auch von der Damenriege an der Spitze der Union. Inzwischen hat die perfide Strategie zum Umbau deutlich an Fahrt gewonnen. Und es wird angegriffen von allen Seiten. Die Schwachsinn-Ideologie des *Gender Mainstreamings* gehört ebenso dazu wie die *Frühsexualisierung* von Kleinkindern selbst in den Kitas. Die Gleichstellung anderer Lebensgemeinschaften mit der traditionellen Ehe von Mann und Frau gehört dazu, nicht nur in Bezug auf die sogenannte „Homo-Ehe“, sondern wie die linksgrünen Ideologen das so nett formulieren „da wo Menschen zusammenleben und füreinander Verantwortung übernehmen“. Also studentische Wohngemeinschaften oder auch Häftlinge in einer Knastzelle – alles jetzt Familie.... Beliebig, nichts besonderes....und brandgefährlich.

Nun also Kinderrechte ins Grundgesetz, der finale Schlag wird vorbereitet. Was kann man denn dagegen haben, dass Kinderrechte in die Verfassung aufgenommen werden, fragen Sie sich nun vielleicht? Auf den ersten Blick nichts. Auf den zweiten Blick wird klar, wie perfide mit diesem einzigen Schlag das natürliche Recht der Eltern ausgehebelt werden soll, das unsere Verfassung bisher garantiert. Anders

formuliert: Das bisher uneingeschränkte Recht der Eltern, über die Entwicklung der Persönlichkeit ihres Kindes selbst zu entscheiden, heißt nun "die Entwicklung zur Persönlichkeit" des Kindes solle mit Hilfe der „sozialen Gemeinschaft“ stattfinden. Ein Kollektiv, das nicht greifbar ist, das keinesfalls den Erziehungsauftrag des Artikels 6 GG erfüllen kann. Dass Familie der Ort ist, wo Kinder die Basis für eine solide emotionale Reife und soziale Kompetenz lernen können, wird nicht einmal mehr erwähnt. Der Staat übernimmt die Erziehung der Kinder als letztgültige Instanz, die Eltern werden ihres natürlichen Rechtes beraubt.

Wenn das nicht ein Grund ist, endlich vom Sofa aufzustehen und entschieden Widerstand gegen diese Pläne zu leisten, dann weiß ich auch nicht mehr weiter.